



BAG Soziales Arbeit Gesundheit

Sprecher*innen:

Ute Michel, Edith Ailinger

Willi Kulke, Armin Grau

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz vor dem neuen Tor 1

10115 Berlin

www.gruene-bag-arbeit-soziales-gesundheit.de

14. Januar 2020

Jahresbericht 2019 der BAG Arbeit Soziales Gesundheit

Sprecher*innenteam

Die BAG Arbeit Soziales Gesundheit (ASG) bearbeitet vier große Themenfelder: Arbeit, Soziales, Pflege, Gesundheit.

Über Emails und Telefonkonferenzen sind die Sprecher*innen in ständigem Austausch, organisieren Sitzungen, kümmern sich um wissenschaftliche Fachreferent*innen, betreuen den Debattenverteiler und die Homepage, verfassen Protokolle, formulieren BAG-Beschlussvorschläge und BDK-Anträge, beraten fachpolitische Abgeordnete, liefern Inputs für den Bundesvorstand, organisieren Änderungsanträge (zuletzt zur BDK44) und Inputs für den Grundsatzprogrammprozess.

Sitzungsteilnehmer*innen

Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen waren durch Delegierte der Landesarbeitsgemeinschaften auf unseren Sitzungen vertreten, ebenso die GRÜNE Jugend und eine Vertreterin von GewerkschaftsGRÜN. Zu den fachpolitischen Tagesordnungspunkten waren folgende Vertreter*innen der Bundestagsfraktion dabei: Sven Lehmann, Markus Kurth, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Beate Müller-Gemmecke, Kordula Schulz-Asche, Maria Klein-Schmeink, Kirsten Kappert-Gonther, aus dem Büro der Bundesgeschäftsstelle Michael Kellner und Klaus Seipp. Außerdem waren Mitglieder anderer BAGen (WiFi, Säkulare, Behindertenpolitik) dabei.

Sitzungsthemen

1. Sitzung 15.-17.2.2019 in Berlin

Prof. Marckmann (Vorsitzender der Ethikkommission der BÄK, Lehrstuhlinhaber für Ethik, Geschichte und Theorie der Medizin in der LMU München) berichtet über das **Problem der Ökonomisierung im Krankenhausbereich und mögliche Lösungsansätze**. Politisch festgelegte Abgabepreise der Krankenhausleistungen (DRG-System) und Fehlsteuerung bei der Investitionsfinanzierung (politische anstatt fachlicher Krankenhausplanung) treffen auf freie Preisbildung bei Produktionsfaktoren. Die Folgen sind Fehlallokationen bei den Patient*innen, Arbeitsverdichtung und ethische Entscheidungskonflikte beim Personal. Da mittelfristig bei zunehmender Alterung der Gesellschaft und medizinischem Fortschritt erhebliche Finanzierungsprobleme auf uns zukommen, müssen jetzt Lösungen diskutiert und vorbereitet werden. Die Handlungsoptionen der Politik sind: Bekannte Fehlanreize im DRG-System beseitigen, bedarfsorientierte Landeskrankenhausplanung und -finanzierung. Die Behandlungsentscheidungen müssen nach ethischen und nicht nach kommerziellen Gesichtspunkten erfolgen. Dazu braucht das Krankenhauspersonal Rückendeckung durch Politik und Rechtssystem.

Maria Klein-Schmeink (MdB) stellt ihren **10-Punkte Plan für eine gute Versorgung psychisch Erkrankter** vor: https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-Dokumente/2018/10-Punkte-Plan_Psychische_Gesundheit_neu.pdf und berichtet über aktuelle Entwicklungen in der stationären psychiatrischen Versorgung.

Beim Thema „**Digitale Vernetzung im Gesundheitswesen**“ stellt Maria die Vorteile der digitalen Vernetzung im Gesundheitswesen aus Fraktionssicht vor. Malte Spitz (Generalsekretär der Gesellschaft für Freiheitsrechte) beschreibt die Risiken der neuen Technologie und fordert mehr staatliche Regulation.

Das Thema : „Hartz IV überwinden- Garantiesicherung einführen“ wird mit Katharina Beck (Sprecherin der BAG WiFi) Klaus Seipp (Referent für Soziales, Arbeit, Wirtschaft und Finanzen in der BGS) und Wolfgang Strengmann-Kuhn (MdB) diskutiert. Maßnahmen zur Schaffung sozialer Sicherheit, Abbau von Sanktionen und Bürokratie sind notwendig. Die Ausgestaltung soll mithilfe eines Gutachtens noch weiter präzisiert werden.

2. Sitzung 3.-5. Mai in Berlin

Kordula Schulz-Asche (MdB) und Harald Wölter stellen die aktuellen Probleme in der Pflege, insbesondere **Altenpflege**, vor: Bei steigender Nachfrage und sinkendem Angebot werden in den nächsten Jahren voraussichtlich eine halbe Million Pflegekräfte fehlen. Gebraucht werden wohnortnahe Angebote, wie Tagespflege, und nicht Großeinrichtungen in Konzernhänden. Die Ausbildung und Qualifizierung der Pflegefachkräfte muss verbessert werden und die Finanzierung der Pflege muss so geändert werden, dass alle Pflegekosten, die über einen begrenzten Eigenanteilssockel hinausgehen, von der Pflegeversicherung übernommen werden. Die Bezahlung der Pflegekräfte muss tarifgebunden stattfinden und auch in Altenpflegeeinrichtungen sind Personalbemessungsstandards einzuführen. Bei der kommunalen Bauplanung sollten - wie Kindertagesstätten - auch Tagespflegeeinrichtungen mit geplant werden. Die Regel „ambulant vor stationär“ sollte endlich umgesetzt werden.

Markus Kurth (MdB) stellt den BTF-Antrag und das **Diskussionspapier der Partei zur Garantierente** vor. Im Modell der GRÜNEN sind geringere Zugangshürden zur Grundrente vorgesehen als bei der SPD (Basis sind 30 Versicherungsjahre und nicht 35 Beitragsjahre wie bei der SPD, Erziehungsjahre werden eingerechnet, es erfolgt keine Bedürftigkeitsprüfung, keine Vermögensprüfung, keine Einrechnung von Betriebsrente oder Riesterreute). Diskutiert wird noch, ob Menschen individuell betrachtet werden sollen oder Eheleute gemeinsam.

Zur Stabilisierung der Rentenfinanzierung ist ein Finanzierungsmix erforderlich: Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit (meist bei Frauen), Einbeziehung weiterer Gruppen (z. B. Selbstständige) in die Bürgerversicherung, Anhebung der Zuwanderung. Ute begrüßt das Papier der BTF, fordert aber eine Progressionszone, um Fehlanreize zu verhindern. Der Anreiz im Niedriglohnssektor, eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit aufzunehmen, ist ansonsten zu gering, da dort 30 Versicherungsjahre häufig nicht erreicht werden. Die gemeinsame Betrachtung von Ehepartnern bei der Berechnung widerspricht der GRÜNEN Haltung zum Ehegattensplitting. Ein Konzept zur langfristigen Stabilisierung des Rentenniveaus muss erstellt werden.

Beim Thema **kirchliches Arbeitsrecht** berichten Walter Otte (Sprecher BAG Säkulare) und Willi Kulke über das Problem des tariflichen Sonderstatus kirchlicher Einrichtungen. Besonders bei Rechtsstreitigkeiten vor Arbeitsgerichten wird dies häufig virulent. Konkrete politische Aussagen fehlen dazu. Diskussionsergebnisse werden in ein von Willi entworfenes Beschlusspapier zum kirchlichen Arbeitsrecht eingebaut.

Harald Wölter stellt die Vorgehensweise **Kommunaler Gesundheitskonferenzen** (KGK) in NRW vor. Diese beraten auf kommunaler Ebene zu Fragen der gesundheitlichen Versorgung, geben Empfehlungen und vereinbaren Lösungsvorschläge. Die kommunalen Institutionen sind dann zur Umsetzung verpflichtet. In den von Bärbl Mielich (Staatssekretärin Sozialministerium Ba-Wü) vorgestellten Kommunalen Gesundheitskonferenzen in Ba-Wü werden von den Gesundheitsämtern in den Landkreisen die lokalen Player im dortigen Gesundheitsbereich eingeladen. Dort werden z. B. die Probleme des Hausärztemangels und der Krankenhausplanung diskutiert und Präventionsprojekte angestoßen. Allerdings gibt es Kritik aus den Reihen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, da das knapp bemessene Personal für Konzeption und Durchführung landesweiter wirksamer Präventionsprojekte fehlt. Eine Evaluation der KGK hat bisher nicht stattgefunden.

Kirsten Kappert-Gonther (MdB) berichtet zum Thema **Gesundheitsregionen** und zum Beschlusspapier der BTF, das inzwischen drei Jahre alt ist und weiter entwickelt werden sollte. Überwindung von Sektorengrenzen und Umstrukturierungen im Bereich der Krankenhausversorgung müssen in Angriff genommen werden. Grundidee ist ein regionales Gesamtbudget für Gesundheitserhaltung und Krankenversorgung. Geklärt ist nicht, wer dieses Budget verwalten soll. Versorgungssteuerung und Budgetverwaltung über gewinnorientierte Managementgesellschaften werden von den BAG-Teilnehmer*innen kritisch gesehen. Öffentlich-rechtliche Institutionen im Bereich eines Bezirks oder einer Versorgungsregion werden für besser geeignet gehalten.

Das von Willi Kulke vorbereitete **Positionspapier zur Abschaffung des Minijob-Systems** wird beschlossen: https://gruene-bag-arbeit-soziales-gesundheit.de/userspace/BV/bag_asg/Dokumente/2019-5-5_Minijobs_Endfassung_Beschluss_BAG.pdf

Das von Armin Grau vorbereitete **BAG-Positionspapier zu Garantie-/Grundsicherung**: wird beschlossen: https://gruene-bag-arbeit-soziales-gesundheit.de/userspace/BV/bag_asg/Dokumente/2019-5-5_Garantiesicherung_BAG_ASG_Stellungnahme_zu_Robert_Habecks_Modell_Garantiesicherung.pdf

Das von Edith Ailinger und Armin Grau vorbereitete **Positionspapier zu Gesundheitsversorgung und Pflege** wird beschlossen: https://gruene-bag-arbeit-soziales-gesundheit.de/userspace/BV/bag_asg/Dokumente/Krankenhausfinanzierung_BAG_ArbeitSozialesGesundheit_Positionspapier_Krankenhauspolitik_final-17.04.2016.pdf

Die von Armin Grau eingebrachten Themen zu Beteiligung am Unternehmenserfolg und Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmung sollen in Folgesitzungen weiter diskutiert werden.

3. Sitzung 19.-21.10. in Berlin

Der BuVo-Antrag, das Thema Homöopathie im Rahmen einer Fachgruppe zur Gesundheitsversorgung zu diskutieren und nicht als Einzelthema in der BDK, wird mit deutlicher Mehrheit der BAG-Delegierten unterstützt.

Ute und Edith berichten über die **Grundsatzakademie** (16.-19.8.2019): Die Grundsatzakademie war ein gutes Forum für viele BAGen. Klima-, Wirtschaftspolitik und vielfältige Gesellschaft waren zentrale Themen. Die BAG ASG war dort mit 29 Mitgliedern sehr gut vertreten. In einer BAG-internen Arbeitsphase wurde der Zwischenbericht zum Grundsatzprogramm diskutiert und wesentliche Ergänzungsaspekte erarbeitet:

- GRÜNE Gesundheits- und Pflegepolitik muss in einem eigenen Kapitel im Grundsatzprogramm dargestellt werden!
- Soziale Auswirkungen des bereits stattfindenden Strukturwandels und der klimapolitischen Maßnahmen müssen im Grundsatzprogramm thematisiert werden!

In zwei workshop wurde interdisziplinär mit Mitgliedern der BAG ASG und der BAG Digitales und Medien über Nutzen und Risiken der Digitalisierung in Gesundheitsversorgung und Pflege diskutiert. Wegen der Gefahr, dass sensible Gesundheitsdaten öffentlich werden, wurde die Vernetzung aller Gesundheitsinstitutionen über das Internet kritisch gesehen. Für Gesundheits-Apps fehlt bisher eine ausreichende Qualitätskontrolle. Zusammen mit der BAG Behindertenpolitik wurden die Begriffe „inklusive“ versus „offene Gesellschaft“ diskutiert.

Sven Lehmann (MdB) stellt **sozialpolitisch relevante flankierende Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzpaketes** vor: Energiegeld (100 € pro Kopf), Abschaffung der Stromsteuer, Ausbau der Infrastruktur, Klima-Wohngeld („warmmietenneutrale“ Modernisierung ermöglichen), Verhinderung von „Energiearmut“, Recht auf berufliche Weiterbildung ausbauen, die Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung umbauen. In der Diskussion ist man sich einig, dass Klimaschutzmaßnahmen zum

Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen unerlässlich sind, sie müssen aber von wirksamen sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden, um die nötige Akzeptanz zu erreichen.

Beschluss von BAG-Änderungsanträgen zum BDK-Klima-Antrag. Dabei geht es im Wesentlichen um Konkretisierungen von Maßnahmen. Insbesondere sollen stets sozialpolitische Auswirkungen bedacht werden und entsprechend in die Planungen einbezogen werden.

Maria Klein-Schmeink (MdB) stellt Anträge und Initiativen der BTF zum **Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung** vor und gibt einen kurzen Überblick über die zahlreichen neuen **Gesetze/Gesetzesinitiativen des Bundesministeriums für Gesundheit.**

Armin Grau berichtet über die Notwendigkeit eines neuen Vergütungssystems im Gesundheitssystem. Insbesondere im Klinikbereich hat das bisherige System nach DRG zu erheblichen Verwerfungen (Fehlallokationen, Arbeitsverdichtung..) geführt. Regionale Gesundheitsbudgets mit Pauschalen sollten diskutiert werden. Es wird beschlossen Prof. Augurzky zum „**Kapitationsmodell**“ einzuladen. Es sollten aber auch andere Szenarien, insbesondere best practice Modelle vorgestellt werden.

Wolfgang Strengmann-Kuhn, MdB berichtet über die GRÜNE Initiative, die Arbeitslosenversicherung in eine **Arbeitsversicherung** umzuwandeln, die sich auch um Erwerbstätige kümmert. Die BAG-Teilnehmer*innen beschließen, in die nächste Sitzung eine/n Vertreter*in der Agentur für Arbeit oder einer Bildungsinstitution einzuladen.

Die Positionspapiere zu kirchlichen Arbeitsrecht und Pflege werden einstimmig beschlossen. Das von einer Arbeitsgruppe überarbeitete Papier zur Arbeit 4.0. wird mehrheitlich beschlossen.

https://gruene-bag-arbeit-soziales-gesundheit.de/userspace/BV/bag_asg/Dokumente/2019-10-20_Positionspapier_der_BAG_zum_Kirchlichen_Arbeitsrecht.pdf
https://gruene-bag-arbeit-soziales-gesundheit.de/userspace/BV/bag_asg/Dokumente/2019-10-20_Arbeit_4.0_Beschlusspapier_der_BAG.pdf

Marina Steindor (Ärztin und Soziologin, ehem. Sprecherin der BAG Gen- und Reproduktionstechnologie, MdB a. D, derzeit zuständig bei der AOK Ba-Wü im Fachbereich Krankenhausversorgung für Qualität und neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden) berichtet über die **bisherigen Entwicklungen und die Probleme der Gentechnik im Bereich der Medizin.** Um den Menschen die „neuen Therapien“ möglichst schnell zukommen zu lassen, haben sowohl die us-amerikanische FDA als auch die europäische Arzneimittelagentur (EMA) trotz umstrittener Therapieergebnisse inzwischen die „Beschleunigte-Arzneimittel-Zulassung“ eingeführt. Die Preise für die neuen Substanzen sind extrem hoch (mehrere hunderttausend Euro bis zu 1,9 Mio Euro pro Dosis). Kleine Krankenkassen

können durch einen Extremkostenfall zahlungsunfähig werden. Chronisch Kranke mit sog. Volkskrankheiten werden zulasten seltener Krankheiten tendenziell vernachlässigt.

Michael Kellner (Bundesgeschäftsführer) stellt die Situation der Partei und den bisherigen Grundsatzprogrammprozess vor. Die Partei wächst stark, es gibt viele inhaltliche Debatten und entsprechend eine Vielzahl von Änderungsanträgen zur BDK. Wichtige Themen sind Klimaschutz, Garantiesicherung, Mindestlohn. In der Diskussion wird gefordert, überflüssige Subventionen zu streichen, Bildung zu fördern, soziale Ungleichheit abzubauen, Gesundheitspolitik deutlicher hervorzuheben. In der Klimadiskussion müssen die sozialpolitischen Auswirkungen stets mitgedacht werden

Kirsten Kappert-Gonther (MdB) berichtet über **politisch-ethische Aspekte der Gentechnik in der Medizin.** Sie sieht keine Rechtfertigung für Keimbahneingriffe und fordert ein weltweites Verbot. Davon abgesehen ist die Methode derzeit noch gefährlich, off-target-Effekte sind zu befürchten. Missbrauch in Richtung Enhancement ist zu befürchten.

Jahresplanung 2019

In diesem Jahr sind folgende Sitzungen geplant:

13.- 15. März BAG-Sitzung BGS Berlin
19.- 21. Juni BAG-Sitzung BGS Berlin
25.- 27. September BAG-Sitzung BGS Berlin

20.- 22. November BDK Karlsruhe

In Planung: Fachtagung „Selbstbestimmt Wohnen und Leben im Quartier“, gemeinsam mit den BAGen Planen, Bauen Wohnen und Behindertenpolitik. Termin noch offen.